"Präventionsarbeit und Deeskalationsstrategien zu linker Militanz? Kontroverse Ansätze in Theorie und Praxis"

## BUNDESFACHSTELLE LINKE MILITANZ

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms



#### Dokumentation

Tagung der "Bundesfachstelle Linke Militanz"

27. September 2018 im Tagungszentrum an der Sternwarte, Göttingen

## Inhalt

Grußwort, Dank 1			
1	Fachaustausch zum Thema "Präventionsarbeit und Deeskalationsstrategien zu linker Militanz? Kontroverse Ansätze in Theorie und Praxis"		3
	a.	Thematische Einführung Dr. Matthias Micus	3
	b.	Input I: Zwischen legitimer Gesellschaftskritik und Extremismusstigmatisierung? Was müssen pädagogische Konzepte beachten? <i>Prof. Dr. Albert Scherr</i>	5
	C.	Input II: Engagement, Selbstverständnis und Gewaltdiskurse linksaffiner Jugendlicher – Eskalationsbedingungen und Präventionskonzepte <i>Prof. Dr. Wolfgang Kühnel</i>	6
	d.	Input III: Polizeiliche Strategien im Umgang mit linker Militanz – zwischen Eskalation und Deeskalation  Udo Behrendes	7
2	Bo	richte aus der Praxis	8
_	a.	Workshop 1: Mit politischen und kulturellen Bildungsmethoden Zugänge öffnen – Herausforderungen, Chancen und Erfahrungen aus der Projektarbeit mit linksaffinen Jugendlichen Katharina Weiner, Minor	8
	b.	Workshop 2: Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung, Prävention und Kompetenzstärkung Jugendlicher für Demokratie und Menschenrechte Dr. Andrea Prause, Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen	9
	C.	Workshop 3: Radikalisierungsprävention: Phänomenübergreifende Workshops und Beratungen mit Multiplikator*innen der pädagogischen Arbeit in Schule, Jugendarbeit und Sport Anna Seib, Stiftung SPI – Beratungs- und Bildungsstelle "Annedore", Berlin	10
3	Pro	diumsdiskussion: Orientierung in einem verminten Feld of. Dr. Albert Scherr Andrea Prause	11
Uwe Roßbach			
Moderation: Jens Gmeiner			
In	Impressum		

## Grußwort, Dank

Die "Bundesfachstelle Linke Militanz" am Institut für Demokratieforschung der Universität Göttingen hat am 27. September 2018 in Göttingen die Fachtagung "Präventionsarbeit und Deeskalationsstrategien zu linker Militanz? Kontroverse Ansätze in Theorie und Praxis" veranstaltet. Ziel der Zusammenkunft von insgesamt achtzig Teilnehmer\*innen war es, einen intensiven, kontroversen und zugleich anregenden Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis zu ermöglichen und gemeinsam Perspektiven, Möglichkeiten und Grenzen präventiver Ansätze im Bereich der linken Militanz zu diskutieren. Auch der Austausch und die Vernetzung der unterschiedlichen Akteure standen im Fokus der Fachtagung.

So warf Thomas Heppener, Leiter der Referatsgruppe "Demokratie und Vielfalt" im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), in seinem Grußwort die Frage auf, ob die klassischen Begriffe – "Linksextremismus" oder "Militanz" – in Anbetracht einer zunehmenden Auflösung tradierter Strukturen noch zur adäquaten Beschreibung des Feldes taugten. Über die Erscheinungen politischer Sozialisation und Motivation vermöchten sie oft nur wenig auszusagen. Auch blieben bezüglich Phänomenen linker Militanz Fragen nach ihrer Bedeutung in der "Einwanderungsgesellschaft" bisher ebenso unbeantwortet, wie Erkenntnisdefizite zu Gemeinsamkeiten sowie Differenzen zwischen urbanen und ländlichen Räumen mit Blick auf links-militante Selbstverständnisse, Beschäftigungsfelder, Aktionsrepertoires offensichtlich seien.

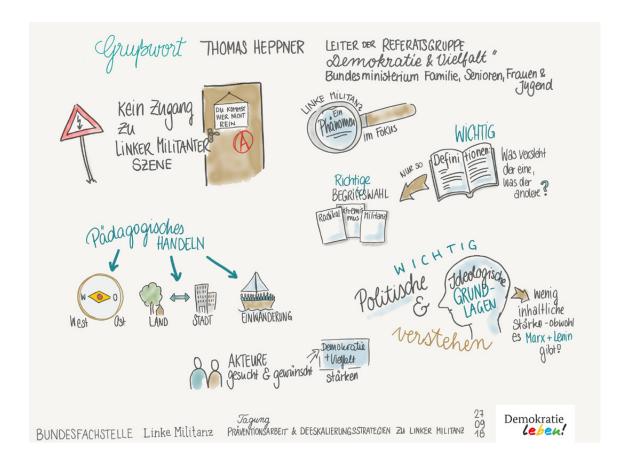
Gerade in diesen Bereichen, betonte Heppener, bestehe ein erheblicher Wissensbedarf. Die Grundlagen einer gesteigerten Sensibilität für soziale Konfliktpotentiale auch und gerade in der pädagogischen Arbeit müssten verstärkt erarbeitet werden. Daher lobte er die Ausrichtung der Tagung, die das wachsende Interesse an ebendiesen Phänomenen widerspiegele und einen notwendigen Austausch voranbringe.

Ganz in diesem Sinne möchte sich die "Bundesfachstelle Linke Militanz" auch ihrerseits bei Thomas Heppener für die Förderung im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!" sowie allen Teilnehmenden und Referent\*innen bedanken. Schließlich gilt unser Dank

Tanja Wehr, die die Tagung mittels *Graphic Recording* simultan künstlerisch begleitet hat. Als Spiegelbilder der Diskussionen sind ihre Zeichnungen auch Teil dieser Dokumentation.

Die angestoßenen Gespräche, Diskussionen, auch Kontroversen nicht einfach versanden zu lassen, sondern vielmehr festzuhalten und fortzuführen – hierzu soll diese Tagungsdokumentation beitragen. Dabei können die folgenden Seiten nur eine schlaglichtartige Zusammenfassung darstellen. Längst nicht alle Themen, Beiträge und Perspektiven können aufgeführt und wiedergegeben werden. Bei der notwendigen Auswahl erschien uns vor allem das Thema "politische Bildung" als maßgeblich. Es wird sich als roter Faden auch durch diese Dokumentation ziehen.

Eine umfassende Aufbereitung der Tagung wird in Form eines Sammelbandes im Verlauf dieses Jahres erscheinen.



## 1 Fachaustausch zum Thema "Präventionsarbeit und Deeskalationsstrategien zu linker Militanz? Kontroverse Ansätze in Theorie und Praxis"

#### Thematische Einführung

Dr. Matthias Micus, Bundesfachstelle Linke Militanz, Göttingen

In seiner Begrüßungsrede stellte Dr. Matthias Micus, Leiter der "Bundesfachstelle Linke Militanz", zu Beginn die Arbeit des am Göttinger Institut für Demokratieforschung angesiedelten Projektes vor. Es sei, so Micus, zweigeteilt in die Arbeitsbereiche Forschung und politische Bildung. Ausgangspunkt sei dabei gerade der von Thomas Heppener herausgestellte Mangel an Grundlagenforschung auf dem Gebiet der linken Militanz. Ziel sei es, vermittels der Bewertung der linken Szene als "Gegenmilieu" und ihrer Untersuchung mit dem Instrumentenkasten der Milieuanalyse die den Gegenstand kennzeichnenden Spannungsfelder und Wechselwirkungen – etwa zwischen radikaler Gesinnung, Tatorientierung und Kämpferpose einerseits, zwischen Aktivistengruppen, Mehrheitsgesellschaft und staatlichen Behörden andererseits – in den Blick zu bekommen. Auf diese Weise sollen vermeintliche Gewissheiten hinterfragt, Ambivalenzen diskutiert und Widersprüche aufgelöst werden, um ein differenziertes Bild der vielgestaltigen Erscheinungsformen linker Militanz zu zeichnen und dadurch zu einer Versachlichung der Debatte beizutragen.

Entscheidend sei dabei, sich von der Scheinalternative zu lösen, radikal linkes Engagement entweder zu kriminalisieren oder zu legitimieren, vorschnelle Schubladisierungen zu unterlassen und von Gut-Böse-Kategorien Abstand zu nehmen. Vielmehr gelte es, die wechselseitigen Einflüsse zwischen militanter Linken, bürgerlicher Mitte und Mehrheitsgesellschaft auch in historischer Perspektive nachzuzeich-

nen. Geleitet sei die Bundesfachstelle dabei von einem Demokratieverständnis, das den Konflikt als Bestandteil demokratischer Normalität, ja Vitalität, betrachte. Aktivismus könne somit ein mitunter notwendiges Korrektiv zu institutionellen Routinen darstellen und nachhaltig demokratiestabilisierend wirken, was sich anhand der bundesdeutschen Protestgeschichte und der Biografien ihrer Protagonisten exemplarisch zeigen lasse. Eine solche Perspektive schließlich legitimiere die Ausrichtung der "Bundesfachstelle Linke Militanz" auch in Zeiten, in denen Ausschreitungen der extremen Rechten für Schlagzeilen sorgten. Überhaupt, schloss Micus, gelinge eine Grundlagenforschung oftmals besser, wenn das tagesaktuelle Dramatisierungskonzert abgeklungen sei.



Input I: Zwischen legitimer Gesellschaftskritik und Extremismusstigmatisierung? Was müssen pädagogische Konzepte beachten?

Prof. Dr. Albert Scherr, Pädagogische Hochschule Freiburg

Prof. Dr. Albert Scherr von der Pädagogischen Hochschule Freiburg konstatierte zu Beginn seines Vortrags, dass es auf dem Gebiet der linken Militanz einen eklatanten Bedarf an politischer Bildung gebe. Er mahnte jedoch zugleich an, diese nicht über das Thema "Prävention" anzugehen, da eine solche Perspektive den Blick zu sehr verenge. Die Unterscheidung zwischen "förderungswürdig" auf der einen und "präventionsbedürftig" auf der anderen Seite erzeuge gezwungenermaßen einen "Verdachtsdiskurs", der jegliche pädagogische wie auch wissenschaftliche Arbeit rahme und zugleich unterminiere. Ebendiesen Vorwurf richtete er auch an die "Bundesfachstelle Linke Militanz". Durch ihre Zugehörigkeit zum Programm "Demokratie leben!" trete diese nicht als unabhängige Akteurin auf – eine Kritik, die von Dr. Matthias Micus in der anschließenden Diskussion mit Verweis auf die Offenheit des Ansatzes der Bundesfachstelle zurückgewiesen wurde.

Anstatt allzu voreilig von der Idee einer wie auch immer gearteten "Prävention" auszugehen, mahnte Scherr zum Überdenken der grundlegenden Begriffe im Feld an. Über sie gelte es, zuerst einmal den Untersuchungsgegenstand zu definieren. Denn während im Bereich der Grundlagenwissenschaft eine explorative Vorgehensweise durchaus sinnvoll sein könne, sei in der praktisch-pädagogischen Arbeit eine klare Zieldefinition unabdingbar. Dabei sei die arbeitsleitende Frage, was das Problem sei, keineswegs unschuldig, gelte es doch, implizite Verdachtslogiken abzubauen und sich stattdessen in Wissenschaft wie Praxis auf die Untersuchungsfelder einzulassen.

Hierzu gehöre, wie Scherr abschließend resümierte, zwar keineswegs eine Tolerierung von Gewalt, wohl aber ein Verständnis für die Motive und Hintergründe, denen oftmals auch abseits ideologischer Herleitungen ein spezifischer Eigensinn innewohne. Weiterhin seien Transparenz im Arbeiten und ein vertrauensbasierter Zugang zu linken Szenen notwendig, ebenso sei eine fundierte Differenzierung von Rechts- und Linksextremismus von grundlegender Bedeutung. In jedem Fall müsse die politische Bildung auch kritische Perspektiven auf die Defizite in Staat und Wirtschaftsordnung thematisieren.



Input II: Engagement, Selbstverständnis und Gewaltdiskurse linksaffiner Jugendlicher – Eskalationsbedingungen und Präventionskonzepte

Prof. Dr. Wolfgang Kühnel, Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin

Prof. Dr. Wolfgang Kühnel stellte in seinem Vortrag die Ergebnisse einer jugendsoziologischen Studie vor, die er gemeinsam mit Prof. Dr. Helmut Willems von der Universität Luxemburg unter 35 Jugendlichen aus dem "linksaffinen Spektrum" durchgeführt hat. Mittels qualitativer Einzelinterviews hatten sich die Forscher den biographischen Werdegängen, den Motivationen hinter den breit gefächerten Formen politischen Engagements, den politischen Selbst- und Gesellschaftsverständnissen der Jugendlichen angenähert.

Die überwiegend männliche Gruppe von Befragten im Alter von 18 und 28 Jahren entstamme, so Kühnel, einem mehrheitlich bürgerlichen Hintergrund und sei überdurchschnittlich gut gebildet. Fernab eines ideologischen Dogmatismus fanden Kühnel und Willems unter den Jugendlichen vor allem eine hohe Sensibilität für soziale Ungleichheit, die voranschreitende Ökonomisierung der Gesellschaft, Herrschaftsstrukturen sowie den Umgang mit gesellschaftlichen Risiken. Demgegenüber stehen die Forderungen nach Gleichberechtigung, Menschlichkeit, Selbstorganisation und einer bewussten Lebensführung. Sie bilden den Kern des Engagements der Jugendlichen und der damit einhergehenden Selbstwirksamkeitserfahrung.

Dabei berge gerade die Konfrontation mit der Polizei, etwa auf Demonstrationen, ein gewichtiges Konfliktpotential. Unmittelbare Erfahrungen mit polizeilicher Gewaltausübung würden als Ausdruck eines asymmetrischen Machtverhältnisses verstanden und drohten das an sich breite Vertrauen in demokratische Verfahren zu unterminieren. Hiervon ausgehend könnten dergleichen Erfahrungen sowohl die eigene Gewaltbereitschaft steigern als auch einschüchternd wirken.

Letztlich sah Kühnel jedoch wenig Anlass zu einer Dramatisierung des Feldes. Die politische Bildung müsse sich an den alltäglichen Erfahrungen der Jugendlichen ausrichten. Für eine pauschale Verdächtigung "linksaffiner" Jugendlicher jedoch sprächen die Ergebnisse seiner Studie nicht, so Kühnel.



Input III:

#### Polizeiliche Strategien im Umgang mit linker Militanz – zwischen Eskalation und Deeskalation

Udo Behrendes, Leitender Polizeidirektor a. D.

Udo Behrendes präsentierte in seinem Vortrag einen zeithistorischen Überblick über die komplexe Wechselbeziehung zwischen "linkem Protest – Polizei – linker Militanz". Nachdem die Polizei sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch an den Erfahrungen der Weimarer Republik orientiert und jegliche Form des Protestes als potentiell staatsfeindlich eingestuft habe, sei insbesondere in den späten 1960er Jahren eine neue Phase der bundesdeutschen Protestgeschichte eingeläutet worden. Die Strategien seien dabei durchaus vielfältig gewesen. Während etwa die Tötung des Studenten Benno Ohnesorg im Zuge der Proteste gegen den Schah-Besuch im Juni 1967 als Beispiel polizeilich gesteuerter Eskalation verstanden werden müsse, könne der "Sternmarsch auf Bonn" im Mai des Folgejahres als Exempel einer erfolgreichen, auf Kooperation basierenden Deeskalationsstrategie im Rahmen großer Proteste gelten.

Fortan zeichnete Behrendes die Historie deutscher Protestformen anhand ausgewählter Schlüsselereignisse von der RAF-Zeit der 1970er über das Aufkommen autonomer Protestgruppen in den 1980er Jahren – kulminierend in den Riots, 1. Mai 1987 in West-Berlin –, die Hochphase der "Rechts-Links-Demos" in den 1990er Jahren und die Castor-Transport-Proteste bis hin zu den G20-Protesten von 2017 aus polizeilicher Perspektive nach.

Behrendes schloss seinen Vortrag mit einem kritischen Blick auf das gegenwärtige polizeiliche Vorgehen bei Protestvorkommen. Man könne heute zwar auf eine lange Geschichte von Eskalations- und Deeskalationserfahrungen zurückgreifen, tue dies in polizeilichen Kreisen jedoch zu selten. Entscheidend für den friedvollen Verlauf von Demonstrationen sei die gegenseitige Bereitschaft zu Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen von Seiten der Polizei wie auch der Veranstalter. Abseits der insgesamt eher raren Fälle, in denen Gewalt von vornherein geplant werde und als legitim gelte, ließen sich situative Eskalationsspiralen so häufig vermeiden.



#### 2 Berichte aus der Praxis

Workshop 1: Mit politischen und kulturellen
Bildungsmethoden Zugänge öffnen
– Herausforderungen, Chancen und
Erfahrungen aus der Projektarbeit
mit linksaffinen Jugendlichen

Katharina Weiner, Minor, Projekt "Frontaldiskurs – Konfrontation die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur", Berlin



"Frontaldiskurs – Konfrontation die Stirn bieten" ist ein Modellprojekt im Rahmen des "Demokratie leben!"-Programms, in dem mittels kultureller Bildungsmethoden ein reflektierter Umgang mit konfrontativen Situationen eingeübt wird. Die Zielgruppe sind linksaffine Jugendliche zwischen 16 und 27 Jahren. Darüber hinaus, so Katharina Weiner, sei eine Bestimmung des Feldes jedoch kaum möglich, da jede präzisere Projektbeschreibung stets einer Stigmatisierung gleichkomme. Auch sei die Kontaktaufnahme zu potentiellen Kooperationspartnern durch Skepsis und Distanz etwa von Seiten der Jugendzentren erschwert. Persönliche Beziehungen seien daher in der Regel unabdingbar. Dennoch: Sei der Kontakt erst einmal hergestellt, könnten, so Weiner, gerade durch die Zusammenarbeit mit – im Unterschied zur Belehrung von – Jugendlichen auf der Ebene der primären und sekundären Prävention bemerkenswerte Projekte entstehen.



#### Workshop 2:

Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung, Prävention und Kompetenzstärkung Jugendlicher für Demokratie und Menschenrechte

> Dr. Andrea Prause, Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

In der Gedenkstätte Hohenschönhausen werden Seminare zur historischen Aufarbeitung der SED-Diktatur und, davon ausgehend, zu den demokratiefeindlichen Potentialen von Kommunismus und Anarchismus angeboten. Um den Phänomenbereich möglichst weit zu fassen, erklärte Dr. Andrea Prause, sei seit 2015 nicht mehr "Linksextremismus", sondern "linke Militanz" der Leitbegriff der Seminare.

Die Workshops würden vorrangig von Schulen und anderen pädagogischen Einrichtungen angefragt und sowohl in der Gedenkstätte selbst als auch im gesamten Bundesgebiet durchgeführt. Unlängst wurden sie um ein weiteres Projekt zur Online-Prävention ergänzt. Die Nachfrage nach den 90-minütigen Workshops sei rege. Dennoch, merkte Prause an, seien die Seminare gezwungenermaßen von einer bedauernswerten Kurzfristigkeit geprägt, der jedoch schwer zu begegnen sei.



# Workshop 3: Radikalisierungsprävention: Phänomenübergreifende Workshops und Beratungen mit Multiplikator\*innen der pädagogischen Arbeit in Schule, Jugendarbeit und Sport

Anna Seib, Stiftung SPI – Beratungs- und Bildungsstelle "Annedore", Berlin

Die 2015 gegründete Beratungs- und Bildungsstelle »Annedore« der Stiftung SPI (Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin »Walter May«) richtet sich an Multiplikator\*innen der Bildungs- und Jugendarbeit. Sie hat die Erhöhung der Handlungskompetenz von Fachkräften im Umgang mit politisch motivierter Militanz und Demokratiefeindlichkeit zum Ziel.

Das Projekt, so Anna Seib, gehe von einem Radikalisierungsbegriff aus, der zuerst einmal unabhängig von seiner politischen Ausrichtung sei. Entscheidend sei, eine wissenschaftliche Begleitung von Präventionsmaßnahmen zu gewährleisten, mit deren Hilfe Radikalisierungsprozesse bei Jugendlichen frühzeitig erkannt und unterbunden werden könnten. Hierin lägen gleichsam die Stärken und Schwächen des Ansatzes. Ermögliche ein offener Ansatz einerseits einen breiten Zugang zu den Phänomenbereichen, laufe er zugleich andererseits Gefahr, den spezifisch politischen Gehalt von individuellen Radikalisierungen außen vor zu lassen. Über den Fokus auf Multiplikator\*innen sowie die Offenheit könne man den anderweitig geläufigen Problemen des Feldzuganges jedoch erfolgreich begegnen.



#### 3

## Podiumsdiskussion: Orientierung in einem verminten Feld

Teilnehmer\*innen:

Prof. Dr. Albert Scherr, Pädagogische Hochschule Freiburg, Dr. Andrea Prause, Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Uwe Roßbach, Geschäftsführer Arbeit und Leben Thüringen, Erfurt, Moderation: Jens Gmeiner, Bundesfachstelle Linke Militanz, Göttingen

In der abschließenden Diskussionsrunde fragte Jens Gmeiner, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundesfachstelle, einleitend nach den politischen Implikationen des kontrovers diskutierten "Extremismusparadigmas", das auch die Diskussion über Präventionsmaßnahmen präge. Sowohl Roßbach als auch Scherr stellten hierzu heraus, dass eine Gleichsetzung von rechtem und linkem Extremismus "realitätsfern", ahistorisch, gar gefährlich sei. Eine Feststellung, der sich auch Prause anschloss, wenn auch mit dem Zusatz, dass die Absage an einen solchen Extremismus-Begriff nicht mit der Aufgabe der Auseinandersetzung mit demokratiegefährdenden Impulsen von links einhergehen dürfe.

Um dennoch eine Radikalisierungsprävention in allen Phänomenbereichen zu ermöglichen, gelte es – hierin waren sich die Diskutanten einig –, möglichst früh zu beginnen. Albert Scherr betonte zudem, dass gerade die Menschenrechtsbildung von Lehrer\*innen, ebenso wie in der Polizei, gestärkt werden müsse. Entscheidend sei ferner, so Roßbach, der Stigmatisierung linker Projekte durch Präventionsmaßnahmen vermittels gezielter Förderungen im Rahmen staatlicher Programme entgegenzutreten.

Aus dem Publikum kamen abschließend mehrere Nachfragen und Kommentare, die auf den der Präventionsarbeit immanenten "Verdachtsdiskurs" eingingen und hierzu forderten, linke Themen, allen voran eine reflektierte Kapitalismuskritik, ernst zu nehmen, zu unterstützen, ja ihr mehr demokratische Plattformen zu gewähren, anstatt sie kategorisch zu verurteilen. Die Formen und Gestaltungsmöglichkeiten eines solchen Übergangs von der Stigmatisierung zur friedlichen Förderung linken Engagements seien bisher jedoch schemenhaft geblieben. Mehr Förderung auf diesem Gebiet sei dringend notwendig.









### **Impressum**

Die Dokumentation wurde erstellt durch die "Bundesfachstelle Linke Militanz".

c/o Göttinger Institut für Demokratieforschung Weender Landstr. 14 37073 Göttingen kontakt@linke-militanz.de www.linke-militanz.de Ansprechpartnerin: Birgit Redlich

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt die Autorin/der Autor bzw. tragen die Autor\*innen die Verantwortung.

#### Zeichnungen:

Tanja Wehr

#### Gestaltung, Satz:

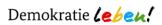
Dr. Robert Lorenz

## BUNDESFACHSTELLE LINKE MILITANZ

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms



www.linke-militanz.de